

Keine Wiedergulassung von Glyphosat - BUND Naturschutz fordert Bekenntnis von Landwirtschaftsminister Helmut Brunner

Mit einem offenen Brief hat der BUND Naturschutz den bayerischen Landwirtschaftsminister Helmut Brunner aufgefordert, sich bei der im April stattfindenden Agrarministerkonferenz gegen die auf EU-Ebene beantragte Wiedergulassung des Pestizids Glyphosat einzusetzen.

Im März 2016 hatte die EU-Kommission für ihre Genehmigungsvorlage zu Glyphosat keine Mehrheit erhalten, zu viele Mitgliedstaaten waren skeptisch. Doch Deutschland hat sich bei der Probeabstimmung nur enthalten. Voraussichtlich steht Glyphosat am 18. und 19. Mai erneut auf der Agenda. Die EU-Kommission hatte den Mitgliedstaaten zuvor die Möglichkeit gegeben, Änderungsvorschläge einzureichen.

Leider hat sich Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt noch nicht klar geäußert, obwohl ihn fast 30.000 BürgerInnen in einer E-Mail-Aktion darum gebeten hatten, die deutsche Position offen zu legen. Im „Verbrauchermonitor Spezial“ zu Pestiziden und Glyphosat, den das Bundesamt für Risikoforschung (BfR) Anfang März 2016 veröffentlicht hat, haben 65 Prozent aller Befragten angegeben, ein Lebensmittel nicht zu kaufen, sobald sie wüssten, dass es Pestizid-belastet sei.

Deswegen fordert der BN Landesvorsitzende Hubert Weiger Minister Brunner auf, seine Einflussmöglichkeiten wahrzunehmen und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt davon zu überzeugen, in Brüssel gegen eine Wiedergulassung von Glyphosat zu stimmen.

Der BN forderte Minister Brunner auch auf, sich auf der kommenden Agrarministerkonferenz für das Vorsorgeprinzip und für den Schutz von Mensch und Natur, und somit auch gegen eine Neuzulassung von Glyphosat einzusetzen.

„In der landwirtschaftlichen Fachberatung müssen die Möglichkeiten der Beikrautregulierung über pflanzenbauliche und mechanische Maßnahmen endlich Vorrang bekommen.“ so Weiger. Dass ein Verzicht auf Glyphosat möglich ist, zeige auch die aktuelle Studie des Julius-Kühne-Instituts „Folgenabschätzung für die Landwirtschaft zum

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg/München

11.04.2016

PM 032-16/LFG

Landwirtschaft

teilweisen oder vollständigen Verzicht auf die Anwendung von glyphosathaltigen Herbiziden in Deutschland.“(siehe unten)

Hintergrund:

Argumente gegen die Wiedezulassung von Glyphosat:

- **Der Krebsverdacht ist nicht ausgeräumt!** Die Krebsagentur der Weltgesundheitsorganisation hat Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" (2A) für den Menschen eingestuft. "2A" ist die zweithöchste Gefahrengruppe. Seit Langem steht Glyphosat im Verdacht, Krebs auszulösen. Die Bewertung der EFSA ist allerdings eine andere. Sie sagt von Glyphosat gehe kein Krebsverdacht aus.
- **Glyphosat hat möglicherweise endokrine, also hormonell wirksame Eigenschaften!** Aus der Genehmigungsvorlage der EU-Kommission geht hervor, dass die Glyphosat-Hersteller keine ausreichenden Unterlagen vorgelegt haben, um sicherzustellen, dass der Wirkstoff keine endokrinen, also hormonell wirksamen Eigenschaften hat. Deshalb dürfen die Hersteller noch bis zum 1. August 2016 Informationen nachreichen. Ein wesentlicher Teil der Risikobewertung scheint damit nicht abgeschlossen. Dies ist umso gravierender, als ein Wirkstoff nach EU-Recht nicht genehmigungsfähig ist, wenn er als „endokriner Disruptor“ eingestuft wird. Die Glyphosat-Genehmigung läuft Ende Juni 2016 aus, bis dahin soll die Wiedezulassung erfolgen. Wenn aber die Hersteller Datenlücken erst nach erteilter Genehmigung schließen müssen, dann verlangt die EU-Kommission von den Mitgliedstaaten, die Katze im Sack zu kaufen.
- **Die Kollateralschäden, die Glyphosat in der Umwelt hinterlässt, sind unstrittig!** Es tötet als Totalherbizid alle Pflanzenarten – und ist damit einer der großen Treiber des Biodiversitätsverlustes in der Agrarlandschaft. Glyphosat zerstört großflächig Lebensräume, so dass Insekten wie Wildbienen und Vögel wie die Feldlerche keine Nahrung mehr finden und aussterben.
- **Die hohe Glyphosat-Belastung beim Menschen ist nachgewiesen!** Aber woher die hohe Belastung der

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg/München

11.04.2016

PM 032-16/LFG

Landwirtschaft

deutschen Bevölkerung mit Glyphosat kommt, ist nicht geklärt. Verschiedene Studien – vom BUND, vom UBA und der Bürgerinitiative Landwende – zu Glyphosat im Urin zeigen, dass ein Großteil der Menschen dauerhaft Glyphosat ausgesetzt ist. Studien über die Wirkungen einer Langzeitbelastung der Menschen mit Glyphosat in geringen Dosierungen gibt es nicht. Wie Glyphosat immer wieder in den Körper gelangt, ist unklar, über die Belastungspfade ist nichts bekannt.

- **Die chemische Unkrautbekämpfung mit Glyphosat ist durch Pflügen und Grubbern ersetzbar!** Glyphosat ist in der Landwirtschaft vollständig zu ersetzen und das in vielen Bereichen kostenneutral, wie die Studie des Julius-Kühn-Instituts „Folgenabschätzung für die Landwirtschaft zum teilweisen oder vollständigen Verzicht auf die Anwendung von glyphosathaltigen Herbiziden in Deutschland“ vom November 2015 zeigt. Die Alternativen zur chemischen Unkrautbekämpfung sind Pflügen und Grubbern; nur in einem Fall – der Sikkation in Raps – wird überhaupt ein anderes Pestizid in Erwägung gezogen.

http://www.jki.bund.de/downloadFatPdf.php?file=2015_0396.pdf

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin, 0911/81878-20
marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg/München

11.04.2016

PM 032-16/LFG

Landwirtschaft